

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 120. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. März 2016, 10 Uhr,
im Landesrechnungshof, Berliner Platz 2, 24103 Kiel

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

i. V. v. Peter Sönnichsen

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans Hinrich Neve (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Nicht erledigte Voten des Landtags zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs der Jahre 2009 bis 2014	4
2. Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen	5
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2624 (überwiesen am 21. Januar 2015) Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/5748	
3. Information/Kenntnisnahme	7
Umdruck 18/5660 - Haushaltsvollzug 2015 Umdruck 18/5661 - Steuerverwaltung Umdruck 18/5735 - Einführung des Digitalfunks	

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Nicht erledigte Voten des Landtags zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs der Jahre 2009 bis 2014

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, erläutert die Zusammenstellung der nicht erledigten Voten des Landtags zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs. Zum Beispiel werde die Forderung des Landtags nicht umgesetzt, dass die Landesregierung dem Finanzausschuss jährlich über die Personalkostenentwicklung des UKSH berichte.

Vizepräsident Dopp mahnt die Definition der Kern- und Zukunftsaufgaben des Landes seitens des Gesetzgebers an.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Finanzausschusses beim Rechnungshof für die Zusammenstellung der nicht erledigten Voten. Es sei Sache der Fraktionen, daraus mögliche Initiativen zu entwickeln. Der Finanzausschuss werde zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2624](#)

(überwiesen am 21. Januar 2015)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/5748](#)

Abg. Rother bringt den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/5748](#), ein.

Abg. Dr. Garg hält die Frage für entscheidend, inwieweit Subventionen Marktgeschehen, Wertschöpfung und Wirtschaftsstandort beeinflussten. Inwieweit die im Antrag aufgeführten Kriterien erfüllt würden, sei nicht Aufgabe eines Subventionsberichts, sondern werde im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen erörtert. Er regt an, in dieser Wahlperiode auf die Erstellung eines Subventionsberichts wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands zu verzichten.

Abg. Koch begrüßt die Begrenzung des Subventionsbegriffs auf Unternehmen. Der Aufwand der von der Koalition geforderten Analyse anhand einer Fülle von Kriterien stehe allerdings in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn. Er bittet die Landesregierung, im Subventionsbericht auch den mit seiner Erstellung verbundenen Arbeitsaufwand zu dokumentieren. Die CDU lehne beide Anträge ab.

Auch Abg. Schmidt lehnt den Änderungsantrag ab. Entscheidend sei die Frage, ob eine Subvention ihren Zweck erfüllt habe.

Abg. Herdejürgen äußert, weil es schwierig sei, den Erfolg von Subventionen zu messen, habe man eine Reihe von Bewertungskriterien formuliert.

Abg. Andresen erhofft sich von einer Analyse anhand der aufgeführten Kriterien eine kritische Diskussion darüber, welche Subventionen sinnvoll seien.

Nach Auffassung von Abg. Harms macht ein Subventionsbericht nur Sinn, wenn er Aussagen zur Erfüllung von vorher festgelegten Zielen treffe.

Abg. Winter macht darauf aufmerksam, dass der Subventionsbericht mit Blick auf den Verwaltungsaufwand nur einmal pro Wahlperiode erstellt werden sollte.

Abg. Rother weist darauf hin, dass die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen Aufgabe der Wissenschaft sei.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN wird der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/5748](#), angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/2624](#) in der Fassung des [Umdrucks 18/5748](#) anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/5660](#) - Haushaltsvollzug 2015

[Umdruck 18/5661](#) - Steuerverwaltung

[Umdruck 18/5735](#) - Einführung des Digitalfunks

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 18/5660](#) und [18/5735](#) zur Kenntnis.

Auf Wunsch von Abg. Koch soll [Umdruck 18/5661](#) - Aktuelle Informationen zur Steuerverwaltung des Landes - in der nächsten Sitzung am 14. April 2016 ebenso beraten werden wie die Vorlagen der Staatskanzlei zu Umwandlungen und Hebungen von Stellen, [Umdrucke 18/5624](#) und [18/5662](#).

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer